

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Ungarn
 2.- Mk. für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Venedig, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragenes in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Redegebaltene Rotationszelle kostet
 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 20 Pf. (zwei-
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und
 Schlußstellenanzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Bestellen bis 4 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 28. Mai 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Damenweg in ganzer Breite erstürmt.

Krim und Kaukasus.

Stockholm, 25. Mai. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Moskau hat das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten dem Minister des Auswärtigen in Lissabon durch Funkpruch seine Befriedigung darüber ausgesprochen, durch den deutschen Votschafter Grafen Mirbach gehört zu haben, daß die transkaukasische Regierung in Tiflis durch ihren Vertreter Matfchabeli über die

Trennung Transkaukasiens von Rußland

und seine Selbständigkeit zu verhandeln wünsche, und schlägt, ohne damit die Unabhängigkeit Transkaukasiens schon anerkennen zu wollen, die von der Mehrheit der transkaukasischen Bevölkerung nicht gewünscht werde, als Ort der Verhandlungen die Stadt Stadikawlas vor, da Kiew nicht günstig gelegen sei; sie teilt den Wunsch der deutschen Regierung, daß die Verhandlungen möglichst bald aufgenommen und zu Ende geführt werden möchten.

Zugleich hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 23. Mai dem deutschen Votschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, aus deren Wortlaut sich folgender Verlauf der Dinge ergibt: Am 13. Mai hatte das Volkskommissariat das Angebot des Grafen Mirbach angenommen, Beziehungen zwischen der russischen Regierung und der „angeblichen“ transkaukasischen Regierung zu vermitteln. Am 14. Mai hatte der deutsche Votschafter vorgeschlagen, die russische Regierung möchte ihm ihre Wünsche in dieser Beziehung schriftlich mitteilen, und diese hatte geantwortet, daß ihrer Meinung nach ein Bevollmächtigter Rußlands an den Verhandlungen in Datum zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und Transkaukasien andererseits teilnehmen müßte, da Rußland anderenfalls einen dort zustande kommenden Vertrag nicht würde anerkennen können. Am 22. Mai hat der deutsche Votschafter dem Volkskommissariat mitgeteilt, daß die transkaukasische Regierung den Bürger Matfchabeli zu ihrem Vertreter bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Transkaukasiens ernannt habe. Der Votschafter hat zugleich Kiew als Ort der Verhandlungen vorgeschlagen und eine schnelle Einigung empfohlen. Diesen Vorschlag nimmt die russische Regierung an.

Die tatarische Republik in der Krim

Betrifft folgende Meldung des Berliner Ukrainischen Pressebureaus aus Kiew: Die Tatarenregierung in der Krim soll auf einer Koalitionsgrundlage unter Teilnahme bestimmter Nationalitäten organisiert werden. Das tatarische Parlament erklärt sich zum Landesparlament und trifft Maßnahmen, um durch Vertreter anderer Nationalitäten auf Grundlage gleichmäßiger Wahlten ergänzt zu werden. Das Haupt der Regierung wird durch ein Parlament gewählt, das durch den Ministerpräsidenten zusammengesetzte Kabinett erhält die Bestätigung des Parlaments durch Vertrauensvotum. Bis zur Bildung eines allgemeinen Parlaments ist die Regierung vor dem Tatarenparlament verantwortlich. Die offiziellen Sprachen der neugebildeten Regierung sind russisch und tatarisch. Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und 5 Ministern.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen wurde im ukrainischen Ministerium die Frage der Beziehungen zwischen

Ukraine und Weißrußland

besprochen. Die ukrainische Regierung wird das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker unterstützen und daher der Bildung eines ethnographischen lebensfähigen weißrussischen Reiches entgegenkommen. Da aber eine weißrussische Regierung noch nicht konstituiert und ein weißrussischer Staat erst in Entstehung begriffen ist, so kann er bei Friedensverhandlungen mit Rußland nur schwer offiziell berücksichtigt werden. Jedoch wird die ukrainische Regierung die Lebensinteressen Weißrußlands bei den Friedensverhandlungen berücksichtigen.

Entweder-Oder im Fernen Osten.

„Für den Augenblick kein Eingreifen.“

London, 26. Mai. (Reuter.) Die Blätter melden aus Washington: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten haben sich über eine Politik des Nichteingreifens in Rußland geeinigt. Gleichzeitig bieten sie Rußland Aufzuhören und jede mögliche Hilfe an. Für den Augenblick wird also kein Eingreifen stattfinden. England und die Vereinigten Staaten haben der japanischen Regierung mitgeteilt, daß ihr neuer Kurs nicht von einem Verdacht gegen Japan eingeebnet sei, sondern daß es sich dabei nur um eine politische Frage handle.

Diese „Politik des Nichteingreifens“ soll also, wie ausdrücklich erklärt wird, nur vorübergehende Bedeutung haben.

Feindliche Artillerietätigkeit im Kesselgebiet — Truppentransporter im Mittelmeer und bei den Azoren versenkt.

Berlin, 27. Mai 1918, abends. Amtlich.

Zu den Kampfabschnitten in Flandern und an der Ys, auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme und an der Acre haben sich die Artilleriekämpfe verschärft.

Südlich von Laon ist seit heute früh die Schlacht um den Chemin des Dames im Gange. Die Truppen des deutschen Kronprinzgen haben den Bergrücken in seiner ganzen Ausdehnung erstürmt und stehen im Kampf an der Aisne.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. Mai 1918. (W. I. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Nezeren wurden bei erfolgreicher Unternehmung Engländer gefangen.

Die Artillerietätigkeit lebte an den Kampfzonen erst in den Nachmittagsstunden auf. Die feindliche Artillerie war vor allem im Kesselgebiet, auf dem Nordufer der Ys, zwischen Arras und Albert und auf dem Westufer der Acre tätig. Die Erkundungstätigkeit blieb reger.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Berlin, 26. Mai. Neue Unterseebooterfolge im Sperrgebiet um Italien: 5 Dampfer von zusammen 27000 Br.-Reg.-Tonnen.

Hieron versenkte das von Kapitänleutnant Heinrich XXXVII. Prinz Neuf befehligte U-Boot drei wertvolle große Dampfer von zusammen rund 19000 Br.-Reg.-To., unter ihnen den französischen Truppentransporter Sankt Anna (3350 Br.-Reg.-To.).

Im Anschluß an die am 8. d. Mts. veröffentlichten Erfolge eines U-Kreuzers im Sperrgebiet um die Azoren ist nachträglich festzustellen, daß ein von ihm aus großem geschertem Geleitzug auf dem Wege Gibraltar-England durch Torpedos versenkter Dampfer, der auf etwa 4500 Br.-Reg.-To. geschätzt wurde, inzwischen als der englische Truppentransportdampfer Nirpura von 7640 Br.-Reg.-To. mit einer englischen Kavallerieabteilung an Bord, ermittelt worden ist.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart:

Im Anschluß an die Erkundungsuntersuchungen des 25. Mai griffen die Italiener gestern mit mehreren Alpinibataillonen, unterstützt durch schweres Artillerie- und Minenfeuer, unsere Stellungen südlich des Tonalepasse an. Ein kleiner Teil unserer Linien wurde etwas zurückgedrückt; sodann wurde das weitere Vordringen des Gegners verhindert.

Der Chef des Generalstabes.

In Anknüpfung an kürzlich verlautendes ist die Vermutung gerechtfertigt, daß die Alliierten der Sowjetregierung eine letzte Frist gönnen wollen, sich ihren Wünschen anzukleifen, was die Bereitschaft der Sowjetregierung bedeuten würde, freiwillig mit dem Strick um den Hals ihre Herrschaft zu liquidieren.

Beachtenswert ist, daß die Washingtoner Regierung von einer Einigung der Alliierten spricht und gleichzeitig durch die beruhigende Mitteilung an Japan den Schluß aufdringt, daß von einer absoluten Einigkeit eben nicht die Rede sein kann. Der Abschluß des japanisch-chinesischen Militärvertrages vom 16. Mai war gewissermaßen eine letzte vorbereitende Maßnahme für den Angriff Japans in großem Stille. Wie die Vereinigten Staaten diesen Vertrag nicht hindern konnten, so werden sie auch den Angriff Japans auf Ostsibirien nicht ernsthaft aufhalten können.

Bei dem „neuen Kurs“, der die europäische Entente abgefordert von Japan an Amerikas Seite sieht, handelt es sich kaum um mehr als den Versuch, Japans imperialistischer Entschlossenheit noch in größter Stunde ein paar Minuten abzugewinnen. Und dieser Versuch ist geglückt. Aber nur „für den Augenblick“.

Daß die weitere Entwicklung der ostasiatischen Frage eine schwere Krise des Weltkriegs, die schwerste vielleicht, aus der Schale sprengen kann, ist eine längst vorhandene Annahme.

Rußland wünscht neue Verhandlungen!

Moskau, 25. Mai. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 22. Mai dem deutschen Votschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, in welcher es Moskau als Sitz eines Sonderausschusses zur Regelung einiger sich aus dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ergebender Punkte und folgende Fragen als Verhandlungsgegenstände vorschlägt:

- Erstens: die Lage im Kaukasus, zweitens: die Lage in der Krim, drittens: die im Artikel drei des Friedensvertrages vorbehaltene Grenzführung und die Fragen des zeitweiligen Befetzungsrechts Deutschlands, viertens: die politische Lage Estlands und Livlands, fünftens: Kriegsgefangenenfragen, sechstens: Grundfragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Zwischen einem Krieg, der nicht sterben, und einem Frieden, der nicht leben kann, verbringt das deutsche Volk unsfrohe Tage. Der Reichstanzler hat im Mai die Hoffnung ausgesprochen, daß der Krieg noch in diesem Jahre zu Ende gehen werde, und hat sich deshalb selber einen Optimisten genannt: Optimist ist also heute schon, wer hofft, daß das Völkergemein nur noch sieben Monate dauern wird. Herr v. Rühlmann aber hat dieser Hoffnung gleich wieder einen Dämpfer aufgesetzt, indem er in seinem Vortrag über den Frieden von Bukarest die Möglichkeit in Erwägung zog, daß der Krieg auch noch im nächsten Jahre fort dauern könnte.

Mit Jubel hatte das deutsche Volk im Februar die Nachricht begrüßt, daß im Osten Frieden geschlossen werden sollte. Was ist aus dieser Freude geworden? Der „Protfrieden“ mit der Ukraine wurde durch eine neue Kürzung der Prot-ration befristet. Denen, die als Sieger — nicht aus Rußland heimkehrten, sondern entweder dorthinblieben oder durch Deutschland in einen neuen Krieg zogen, wurde die Kunde, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt sei. Daß Deutschland in den Kampf gegen den Zarismus gezogen war, hatte man als Vorspiel zur Befreiung Europas begrüßt. Heute regiert in der Ukraine Storopadski, in Preußen noch immer Heydebrand, während man für andere „befreite“ Staaten nach neuen Kronenträgern Umschau hält.

Dieser Frieden, der keiner ist, hat auch im Innern Unfrieden gebracht. Man kämpft für und gegen politische Unionen. Die Vorgänge in der Ukraine haben im Hauptanschlag des Reichstags zu einer Art Vor-trie geführt, die nur durch die Militärbedrohung der leitenden Männer bis auf weiteres beschwichtigt wurde. Ueber die Zukunft Estlands und Livlands tobt in der Presse der heftigste Streit.

In dieser Situation hat die russische Regierung der deutschen den Vorschlag gemacht, zur Klärung wichtiger, im Friedensvertrag von Brest-Litowsk offengebliebener Fragen zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Als Verhandlungsort schlägt sie Moskau vor, wahrscheinlich um zu zeigen, daß sie sich in dieser alten und wieder neuen Hauptstadt Groß-Rußlands zu Hause und sicher fühlt. Die sechs Punkte die sie als Verhandlungsgegenstand vorschlägt, sind so gewählt, daß man von keinem sagen kann, daß er weiterer Klärung nicht bedürftig wäre, es sind ebenjohiel offene Wunden wie offene Fragen, ohne deren Lösung und Heilung der frische Frieden des Ostens nicht gesund werden kann. Die deutsche Regierung sollte die ihr gebotene Gelegenheit mit Freuden ergreifen und sie zu dem Versuch ausnützen, im Osten wirklich Frieden zu machen.

Bei diesem Versuch wird man sich darüber nicht täuschen dürfen, daß die Konferenzladung der russischen Regierung ebenso wie die gestern von uns wiedergegebene Äußerung des Votschafters Zoffe zur baltischen Frage Äußerung eines wieder erwachenden Selbstbewußtseins ist. Wir sehen, um dies gleich zu sagen, keine Gefahr und keinen Schaden darin, daß die bolschewistische Regierung Rußlands sich anschickt, die Zukunft des ihr anvertrauten Landes in realpolitischen Sinne sicherzustellen. Denn der Gedanke, Rußland so zu schwächen, daß es für alle Zeit aufhört eine Gefahr zu sein, ist eine Utopie, realpolitisch nur der Gedanke, ein lebensfähiges Rußland neben ein lebensfähiges Deutschland zu stellen und beide zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden.

Das Wiedererwachen des russischen Selbstbewußtseins hat aber, das möge man nicht verkennen, seine sehr ernstlichen Gründe. Vor zwei Monaten noch war Rußland ein kriegsführender Staat, der am Ende seiner Kraft angelangt war, heute ist es ein neutraler Staat, und es beginnt langsam

den Vorteil der Neutralität zu genießen, der darin besteht, daß sich beide Kriegführenden Lager um die Sympathie des nichtbeteiligten Dritten bewerben. Wir aber tragen gegenüber dem neutralen Rußland den Nachteil jedes Kriegführenden Staates, daß wir nämlich keine Freundschaft ebenso lebhaft begehren, wie wir bestrebt sein müssen, sein Abwenden in das Lager der Gegner zu verhindern.

Das Verhältnis der Kriegführenden zu den Neutralen in diesem Kriege ist sehr eigenartig. Es idronkt zwischen feierlicher Schmeichelei, zu der sich schon mancher Großstaat vor dem Kleinsten hat erniedern müssen, und verzweifelter Brutalität. Wie das Königsglied beginnt es mit lockenden Versprechungen, die gelegentlich in die Drohung umschlagen: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“

Mit dem einst kriegerischen, jetzt neutralen Rußland steht es aber so, daß wir die Mittel der Gewalt ihm gegenüber schon erschöpft haben. Der Gedanke, daß der Kriegszustand mit Rußland wieder aufleben könnte, ist für das ganze deutsche Volk — vielleicht von ein paar Perverten um Rud von Ströng abgesehen — eine fechtliche Unmöglichkeit, der Wunsch, wenigstens mit einem Teil der Weltkriegsgegner in ein dauerndes tragfähiges Friedensverhältnis zu gelangen, entspringt einem brennenden Bedürfnis.

Inzwischen hängt aber Rußland wieder an eine Hoffnung der Entente zu werden. Vergessen sind die Bannflüche gegen die Regierung des Umsturzes und des Staatsbankrotts, keine Rede ist mehr von militärischen Interventionen. Baron wird zurückgepfiffen, den Russen wird bedingungslos Hilfe und Zusage versprochen.

Es ist Aug von den Gegnern, daß sie in Rußland eine nur im Augenblick geklammerte, aber immer noch vorhandene Kraft erblicken, es wäre sehr unklug, wenn wir in Rußland weiter nichts sehen wollten als ein Häuflein sich immer weiter auflösender Ohnmacht. Gute Nachrichten, die wir alle willkommen heißen, dürfen die deutsche Politik nicht zu Uebermut verleiten, schon zu oft hat man sich über die politische Tragweite solcher Nachrichten getäuscht, zu sehr hat man sich von Augenblicksbildern und Stimmungen beeinflussen lassen. Rechten Endes wird doch der gewinnen, der am weitesten sieht. Politische Weitsicht verlangt von uns, daß wir Rußland, unter welcher Regierung und in welchem Zustand es sich augenblicklich immer befinden mag, als einen dauernden Faktor der europäischen Politik betrachten, den in Frieden, wenn schon nicht in Freundschaft zu erhalten, unser eigenes Interesse gebietet. Den Frieden, den wir im Osten wollen, haben wir noch nicht, wenn sich ein Weg bietet, ihn zu erlangen, soll man nicht zögern, ihn zu beschreiten!

In den Abendausgaben der Berliner reaktionären Presse wird der Versuch gemacht, den Vorschlag der russischen Regierung so auszudeuten, als sei es sein Zweck, den Brest-Litowsker Frieden umzuwerfen. Damit beweist diese Presse von neuem, daß den reaktionär-annexionistischen Kreisen jedes Mittel zur Erreichung ihrer besonderen Ziele gut genug ist. Denn in Wirklichkeit bedeutet der neue Vorschlag Rußlands nichts anderes, als daß die bolschewistische Regierung ernstlich bestrebt ist, die von der deutschen Ostpolitik aufgehäuften und die Verwirklichung des Friedensvertrags ungemein erschwerenden Fragen im Verhandlungswege aus der Welt zu schaffen. Keine der Fragen, die die Note aufzählt, wurde von ihr willkürlich aufgegriffen.

Die Punkte 1 und 2 betreffen die Lage im Kaukasus und in der Krim. Rußland hat die Bestimmung des Friedensvertrags wegen Räumung der besetzten türkischen Gebiete und des eigenen Territoriums einschließlich der Stadt Batum ausgeführt, doch haben die einheimischen Volksstämme sich inzwischen für unabhängig erklärt und dem Einmarsch der Türken militärischen Widerstand geleistet. Die Türken setzten den Feldzug fort, weshalb sich im weiteren Verlaufe die Notwendigkeit der Friedensverhandlungen mit der kaukasischen Republik ergab, an denen außer den nächstbeteiligten auch deutsche Vertreter teilnehmen. Die Bolschewiki beanspruchen auch ihrerseits zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden, und niemand wird behaupten können, daß diese Forderung etwas mit ihrer Stellungnahme zum Brest-Litowsker Frieden zu tun hat. Aber auch die Krimfrage ist nur dadurch entstanden, daß die Deutschen in die Halbinsel eingedrungen waren, nachdem der Brest-Litowsker Frieden abgeschlossen war. Auf die Krim aber hatten selbst die extremsten ukrainischen Nationalisten niemals Anspruch erhoben!

Bezüglich des dritten Punktes der bolschewistischen Note sei hier aus dem Artikel 3 des Brest-Litowsker Vertrages der folgende Satz zitiert: „Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.“ Es handelt sich mithin bei diesem Punkt um bloße Durchführung einer Vertragsbestimmung, und es ist nur erstaunlich, daß die deutsche Regierung aus eigener Initiative, trotzdem zwei volle Monate uns von der Ratifikation bereits trennen, nichts unternommen hat, um Endgültiges zu schaffen. Allerdings etwas ist mittlerweile doch geschehen, man hat sehr eifrig die Kostrennung Estlands und Livlands betrieben, und sogar der „Berliner Lokalanzeiger“ muß gestehen, daß diese Frage „durch die Uebermittlung der Unabhängigkeitserklärung der beiden Provinzen von seiten des kaiserlichen Antes an die russische Regierung von hier aus zur Diskussion gestellt wurde“.

Der Punkt 5 betr. Kriegsgefangenenfragen und der Punkt 6 betr. die wirtschaftlichen Fragen sind ebenfalls von dem mit Rußland abgeschlossenen Zusatzvertrag zum Friedensvertrag nicht nur vorgegeben, sondern drängen darauf, in irgendeiner Weise einer Lösung entgegengeführt zu werden. Aufgabe der deutschen Presse wäre es, für diese Lösung, da der Friede nun einmal geschlossen, zu wirken und nicht ihr konsequent entgegenzuarbeiten. Doch was kümmert es diese loslosen Kreise, wenn dem deutschen Volke durch ihre macholfige Politik immer neue und neue Komplikationen erwachsen!

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen.

Die Regelung der Landwirtschaft in der Ukraine.

Kiew, 26. Mai. Der Ministerrat genehmigte den Entwurf des Landwirtschaftsministeriums betreffend die Realisierung der diesjährigen Ernte, die sogenannten Ausführungsbestimmungen zum Ertragsgesetz. Die Zeitungen veröffentlichen heute den Entwurf eines provisorischen Gesetzes über die Regelung des Landverkaufs innerhalb des ukrainischen Staatsgebiets. Es ist vorgegeben, daß die staatliche Landbau auf Hand und Füssen und eckert nicht erwerben darf. Einzelpersonen aber nicht mehr als 25 Dehsjatinen; Landwirte und Genossenschaften

dürfen größere Flächen erwerben unter der Bedingung, daß der Anteil des einzelnen 25 Dehsjatinen nicht übersteigt und daß diese Einzelgrundstücke vor der Registereintragung bereits vermessen sind. Ueberhöchstes gelantes Land verfällt kostenfrei dem Staat. Die Kontrolle und Durchführung obliegt den neuen Landkommissionen.

Bei den

ukrainisch-russischen Verhandlungen

wurde in der gestrigen Abend Sitzung die Erörterung der Woffenstillstandsbedingungen nicht beendet. Kolowski erhob Einspruch gegen die vorgeschlagene Demarkationslinie, die den augenblicklichen militärischen Stellungen nicht entspricht und angeblich Zugrunde von neuen Landkreisen erfasse. In der Debatte warf Kolowski die Frage auf, welche Rolle die deutschen Truppen spielten. Der ukrainische Vorsitzende Esheluchin lebte die Verantwortung ab, da er nicht bevollmächtigt sei, für die deutsche Kommandogewalt zu sprechen. Deutschland sei Verbündeter der Ukraine.

Gerichtswelle verlautet, Baron Steinheil, Mitglied der ersten Duma für Kiew, sei zum ukrainischen Gesandten in Berlin ernannt.

Die neue Delegation der Donregierung ist in Kiew eingetroffen, weßwegen die von der Donbevölkerung gewählte bisherige Delegation abreisen wird. „Kiewskaja Wpsta“ unterstreicht hierbei, daß die abreisende Delegation gegen die Einmischung einer auswärtigen Macht in die Donangelegenheiten war. Nach einem Koftower Telegramm in der „Koboltschaja Schin“ ist das Donministerium gebildet: Ministerpräsident ist Generalmajor Bogajewski.

Gerichtswelle verlautet, daß Trostki und der Kommissar für Nationalitätenfragen Stalin demnächst in Kiew eintreffen werden.

Der zum Verweser des ukrainischen Ministeriums des Inneren ernannte Dymtro Doroschenko schied aus der ukrainischen Sozialföderalistischen Partei aus, weil der Parteifongreh verbot, in das gegenwärtige Kabinett einzutreten.

Die Gegenrevolution des russischen Südostbundes.

Kiew, 25. Mai. Die Zeitungen veröffentlichen eine Note der Don-Regierung an die ukrainische Regierung. Die Don-Regierung als bedeutendster Bestandteil des neuen Bundesstaates des südöstlichen Bundes, der die Don-, Kuban-, Ter- und Astrachan-Lasfen, die Vergbölker des nördlichen Kaukasus und der Schwarzmeerküste und die freien Steppendörfer des südöstlichen Rußlands umfaßt, dem sich ferner das Gouvernment Stawropol, die Schwarzmeer-Gouvernements mit dem Südostbund verbunden anschließen, hat die Interessenvertretung des Bundes übernommen und erucht bei den Friedensverhandlungen mit Großrußland folgendes zu beachten:

Der Südostbund ist kein Bestandteil der russischen Sowjet-Republik. Er befindet sich mit der nicht anerkannten Regierung der russischen Sowjet-Republik im Kriegszustand. Die Völker und die Regierung des Bundes werden die Unantastbarkeit des Bundes mit allen Mitteln verteidigen. Die Don-Regierung hat in den letzten verläubelten Staatsgrundgesetzen alle seit der Februar-Revolution 1917 erlassenen Gesetze der russischen Regierung wieder aufgehoben und hat das alte Wappen und Siegel der Donischen Kosaken wieder eingeführt.

„Kiewskaja Wpsta“ hebt hervor, daß durch diese Restauration alle Nationalitätenbeschränkungen im Don-Kosakenland wieder ausleben und somit die Juden dort das Wohnrecht wieder verlieren. Das Agrargesetz am Don, das binnen zwei Monaten veröffentlicht werden soll, sieht die Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes vor, der bestimmte Normen überschreitet. Die Landverteilung soll spätestens im Oktober erfolgen. Ein Hinweis auf die Entschädigungen der früheren Besitzer fehlt.

In einem Aufruf an die Kosaken werden diese zu guten Beziehungen mit den deutschen Truppen aufgefordert. Sie sollen diese wie eigene Truppenteile ansehen.

Nach „Stimme Kiews“ wird die Regierung des Don-gebiets Ende Mai endgültig formiert, wenn in Noworossk die Vollversammlung der Kosaken des Dongebietes zusammentritt. In die jetzige Regierung ist als Vertreter der nicht kosakischen Bevölkerung des Dongebietes der Politiker Swietofarow eingetreten. Die Beziehungen der Donregierung zur freiwilligen Armee des Generals Alexejew sind noch nicht endgültig geklärt. Es steht fest, daß gemeinsame Arbeit mit ihr gegen die Bolschewiki für die Kosaken sehr wünschenswert ist, aber in wessen Händen die Oberste Heeresleitung ruhen wird, ist vorläufig noch nicht entschieden.

Mexiko und Kuba.

Die Bedeutung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und Mexiko wird, nach einer Genfer T.-U.-Meldung, mit dem Eintritt Kubas in den Weltkrieg begründet. Die mexikanische Regierung erklärt, daß alle Vorstellungen, die Mexiko bei der kubanischen Regierung unternehme, wirkungslos seien und die schwierige Lage der kubanischen Regierung nur noch kritischer machen würden. Pariser politische Kreise erblicken hierin einen mexikanischen Protest gegen die tatsächliche Bevormundung Kubas durch die Vereinigten Staaten. Mexiko erachtet Kuba nicht mehr als unabhängigen Staat.

Ueber die Vorgeschichte des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen wird dem Wolff-Bureau von „gut unterrichteter privater Seite“ mitgeteilt: Carranza, der Präsident des neuen Mexiko, hat sich bisher allen Treibereien Wilsons gegenüber als ein fester Hort gerechter und wahrer Unparteilichkeit bewährt; er hat mit Kraft und Mut allen Einschüchterungsversuchen der Jankes Stand gehalten. Von diesem Geiste zeugt auch die neue Verfügung, die seine Regierung unlängst in betreff der „Schwarzen Listen“ erlassen hat, um den Böhlerien der amerikanischen Konsulatsvertreter behufs Ausschaltung des deutschen Handels einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Die mexikanische Regierung betont eingangs dieser Verfügung ausdrücklich, daß das Verhalten der Amerikaner, wenn ihnen freie Hand gelassen würde, nicht nur eine Verletzung der mexikanischen Neutralität, sondern auch einen Eingriff in die Oberhoheit der

mexikanischen Regierung im eigenen Lande bedeuten würde. Daher sollten, nach dem Gesetz vom 8. März, die Kapitäne sämtlicher Schiffe, welche amerikanische Güter anlaufen, verpflichtet sein, alle Waren für Empfänger, die auf der nordamerikanischen Schwarzgen Liste stehen, an diese auszuliefern, auch wenn ihnen dies von den nordamerikanischen Konsulatsvertretern unterlagert wird, widrigenfalls Kapitäne eine Geldstrafe von 50 Pesos für jedes nicht ausgelieferte Kollo zu gewärtigen hat und ihm die Weiterreise aus Mexiko verweigert werden würde.

Diese Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand des Verhältnisses zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten sind bemerkenswert genug. Immer noch hängt der brennende Span über der mexikanischen Pulverfasse, und wenn man nun in Rechnung setzt, daß nach dem Eintritt Kubas in den Weltkrieg nacheinander Guatemala, Nicaragua und Costarica sich ebenfalls dem Verlangen der großen Union gefügt und auf den Kriegspfad gegen Deutschland gemacht haben, so läßt sich schon sagen, daß jetzt ein ganzer Kranz von Vbänden um den mexikanischen ExploSIONSHERD lodert. So verdient der Konflikt wegen der Schwarzen Listen besondere Beachtung.

Der deutsche Angriff am Damenweg.

Frangösischer Bericht vom 27. Mai, nachmittags. In der zweiten Hälfte der Nacht richteten die Deutschen sehr heftiges Geschützfeuer gegen die ganze Gegend

zwischen dem Walde von Pinon und Reims.

Heute morgen erfolgte der feindliche Angriff auf sehr breiter Front zwischen diesen beiden Punkten. Die frangösisch-englischen Truppen leisteten mit der gewöhnlichen Tapferkeit dem deutschen Stoß Widerstand. Die Schlacht ist noch im Gange. In der Champagne, auf dem rechten Maasufer, im Walde von Apremont und in der Woivre war die Artillerietätigkeit nachts lebhaft. Die Deutschen machten mehrere deutliche Angriffe. Im Walde von Apremont wurde der Angriff nach einem Kampf, der den Deutschen Verluste kostete, abgeschlagen. Zwei andere Angriffversuche in der Gegend von Limes und nordöstlich von Badonvilliers scheiterten ebenfalls. Gefangene blieben in der Hand der Frangösen.

Englischer Bericht vom 27. Mai, morgens. Starke feindliche Angriffe mit vorhergehendem Geschützfeuer von großer Dichtigkeit entwickelten sich heute in der Frühe in breiter Front gegen die englischen und frangösischen Truppen in der Linie zwischen Reims und Soissons und gegen die frangösischen Truppen zwischen Loker und Vormeaesele. Verträchtliche feindliche Artillerietätigkeit gestrich und letzte Nacht an der britischen Front.

Deutsch-englisches Gefangenenabkommen.

London, 24. Mai. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die englische Regierung beschloffen habe, Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf dem Wege über Holland einzuleiten, um das jetzt bestehende Uebereinkommen wegen Heimshawung oder Internierung von Kriegs- und Zivilgefangenen zu erweitern. Das Kriegskabinett hat heute einen Beschluß in dieser Richtung gefaßt. Der Zeitpunkt der Verhandlungen steht noch nicht fest.

Die Verhaftungen und der Wahlkampf in Irland.

Die Spekulation der irischen Nationalisten.

Amsterdam, 27. Mai. Die in Ballieborough abgehaltene Konferenz der irischen nationalistischen Partei beschloß, bei den Ersahwahlen gegen alle Kandidaten der Sinnfeiner-Partei zu stimmen. Dillon, der Führer der Nationalisten, sagte: Er mißbilligt die Verhaftung Griffiths, des Kandidaten von Eastcavon, aber er würde es für ein Zeichen der Schwäche halten, wenn der Kandidat der Nationalisten bei der Ersahwahl zurückgezogen würde. Dillon lehnte es ab, die gegen die Sinnfeiner gerichtete Erklärung der Regierung als beweiskräftig anzusehen.

Die irischen Nationalisten können nicht wagen, den Gewaltstreich der Regierung zu billigen, aber sie sind bereit, die Vorteile einzustreichen, die er ihnen im Wahlkampfe vermitteln kann und nach der offen ausgesprochenen Hoffnung der englischen Regierung vermitteln soll.

Neue Judenpogrome in Galizien.

Das Jüdische Pressebureau in Stockholm berichtet: Die Pogromschucht in Galizien greift immer weiter um sich. In Bielica, unweit Krakau, ereignete sich am 15. Mai ein regelrechter Judenpogrom. Zahlreiche jüdische Geschäftsäden wurden vollständig ausgeplündert, in den jüdischen Gassen wurden die Fenstersteine eingeschlagen, viele Personen wurden verprügelt. Der materielle Schaden des Pogroms wird auf eine Million Kronen geschätzt. Die lokale Polizei verhielt sich während der Ereignisse ganz passiv, so daß militärischer Beistand aus Krakau herangezogen werden mußte. Auch in Dobrycha bei Bieliezia fanden jüdenfeindliche Ausschreitungen statt.

Zu den Vorgängen in Prag.

Italiener und Tschechen.

Der italienische Landeshauptmannsvertreter von Tirol, Dr. Conci, hat an den Prager Tischenversammlungen, die offiziell als hochverräterisch bezeichnet werden, teilgenommen. Der Tiroler Landesauschuß, der laiserlich und deutsch ist, hat ihm dabei seine Entrüstung ausgesprochen, und auch die österreichisch gesinnten Italiener haben gegen sein Verhalten protestiert.

Die Wiener Berichterstattung deckt sich, diese Kundgebungen der Loyalität zu verbreiten, wodurch aber wiederum auf die Ursachen, denen sie entspringen, die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt wird. Es ist nicht erfreulich für einen Staat, erst beweisen zu müssen, daß es in seinen Grenzen auch lokale Staatsbürger gibt.

Deutscher Volkerrat für Oesterreich.

Die deutschen Volkerräte der verschiedenen Kronländer haben sich nach gemeinsamer Beratung am 25. und 26. d. Ms. zu einem Deutschen Volkerrat für Oesterreich zusammengeschoffen. Sie nahmen einen Beschluß an, der die deutsche Staatsprache fordert und die Einrichtung der Reichshaupt-

mannschaften in Wehmen nur dann für annehmbar erklärt, wenn sie den Wünschen der Deutschen entspreche. Die Sicherung des Weges zur Aeria für das gesamte Deutschland sei eine unbedingte Staatsanwendigkeit. Alle Bestrebungen nach einer wirtschaftlich-nationalen Autonomie müßten auf das allerentschiedenste bekämpft werden. Die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland wird begrüßt. Diesem Bündnis ist aber nicht damit gebient, wenn nur diejenigen, die die schärfste Bekämpfung des Slaventums auf ihre Fahne geschrieben haben, sich zu ihm bekennen.

Die Beschließung des Pariser Besuchs durch das weittragende Geschick ist laut Parisermeldung gestern früh wieder aufgenommen worden.

Die Beschließung Laons hat in den letzten Tagen wieder erheblich zugenommen. Durchschnittlich fielen in den letzten Tagen seit dem 20. Mai 200 Granaten auf Laon und in seine Vorstädte. Besonders hart war, trotz wagnerrischen Wetters, die Beschließung am 24. Mai. Die Vorstädte sind nur noch Trümmer, die Oberstadt verfällt immer mehr, die veränderten Bewohner, unter denen die Beschließung täglich Opfer fordert, können sich aus ihren Kellern nicht mehr herauswagen. Es ist, wenn die Beschließung andauert, nur eine Frage der Zeit, wann die noch erhaltenen Teile von Laon mit allen Kirchen und Bautenmännern ein Raub der Flammen werden.

Das in Santander internierte Unterseeboot wird laut Madrider Nachrichten dort bleiben unter Überwachung durch das Kommando Marquis de Molina, welches zu diesem Zweck aus Ferrol ausgesandt ist. Die deutsche Besatzung wird in der Umgebung von Madrid untergebracht werden.

Der Nachfolger des Senators Stone. Aus Washington wird gemeldet: Hitchcock, der demokratische Senator für Nebraska, ist zum Vorsitzenden der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten als Nachfolger des verstorbenen Senators Stone gewählt worden.

Die englische Nationalbank. Ein englisches Weisbuch gibt bekannt, daß die englische Nationalbank im Jahre 1916/17 um fast 2000 Millionen Pfund Sterling gewachsen ist. Die Gesamtschuld Englands beträgt für das Finanzjahr 1916/17 4 068 644 081 Pfund Sterling.

Wahlrechtskundgebung der christlichen Arbeiter.

Die in dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß vereinigten Arbeiter- und Angestelltenverbände des Ruhrreviers hielten am Sonntag in Essen eine Versammlung ab, um nochmals zur preussischen Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Nach Worten von Siegelwald, Schiffer, Streiter und Wehrens wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die in der Eingabe vom 20. Januar angelegten Forderungen bekräftigt werden, nämlich:

Einführung der Verhältniswahl in dichtbesiedelten Bezirken, Herabsetzung der erforderlichen Stimmzahl in größeren Wahlkreisen auf höchstens 150 000, einbüßfähiger Wohnort des Wählers im Wahlkreis, Sicherung der Staatsverfassung und der bestehenden Rechte von Kirche und Schule durch Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenbesatzes. Insbesondere und erneut fordern sie die Einführung der Verhältniswahl im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, da nur diese bei den vorerwähnten eigenartigen Verhältnissen eine solide politische Entwicklung verbürgt. Alle Bestrebungen auf Einführung eines Mehrstimmwahlrechts weist die Versammlung mit Nachdruck zurück. Vor allem spricht sie sich ganz entschieden gegen jegliche Zusatztimmungen für Bildung, Besitz und Seßhaftigkeit aus, worin sie eine Herausforderung der breiten Schichten des arbeitenden Volkes erblickt. Die christlich-nationale Arbeiterchaft erwartet, daß die königliche Staatsregierung alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, rücksichtslos anwendet, damit das gleiche Wahlrecht ohne Verzögerung Geseßkraft erlangt.

Diese Forderungen sind eingerichtet auf das bisherige Vorgehen der Zentrumspartei in der Wahlrechtsfrage, sie stimmen mit diesem in wesentlichen Punkten überein. So wendet sich die Kundgebung mit Entschiedenheit nur gegen Mehrstimmen für Bildung, Besitz und Seßhaftigkeit, nicht aber gegen die von Zentrumseite befürworteten Altersstimmen, obwohl diese als eine Entrechtung der vielen Millionen Kriegsteilnehmer angesehen werden müssen. Ebenso wird für die vom Zentrum geforderten „Sicherungen“ lebhaft Propaganda gemacht. Die Resolution spiegelt die schwierige Lage wider, in der sich die Führer der christlichen Arbeiterverbände zurzeit befinden: auf der einen Seite sehen sie sich gezwungen, dem Drängen der Arbeitermassen nach dem gleichen Wahlrecht Rechnung zu tragen, auf der anderen Seite wollen sie es mit den rücksichtslos gesonnenen Förderern ihrer Bewegung nicht verderben, mit denen sie in Parteigemeinschaft leben.

Ein anderer Reichstagspräsident.

Ein anderer — so schreibt uns ein genauer Kenner der Verhältnisse im Reichstag — denn es soll nicht bloß ein neuer sein! Will der Reichstag dem Volk Genüge leisten, so muß er mehr tun. Das Volk will einen energiegeladeneren Reichstag und darum soll sich die Energie seiner Präsidenten nicht fast ganz im Vollzeitsinn nach innen betätigen. Die kleinen Anfragen a. V. sind nicht dazu eingeführt worden, damit auf keinen Fall die antwortenden Regierungsglieder durch Ergänzungsfragen in Verlegenheit gebracht werden können. Und die Würde des Präsidenten leidet, wenn ihr Inhaber seit den Direktoren als Einbläser braucht, wenn er selbst nicht zu hören ist und wenn er sich von Parteileidenschaft dazu hinreißen läßt, unangenehme Meinungen unterdrücken zu wollen.

Der Reichstagspräsident darf nicht vom Polizeidienstler haben; je härter außen der Druck der kriegsabsolutistischen Gewalt, desto größerer muß binnen die Redefreiheit sein. Der Präsident muß schon durch sein Ansehen die Würde der Volksvertretung Ausdruck geben. Und er darf nicht allen und jeden Dumos erlangen. Der ist in kritischen Situationen mehr wert als Schulmeistermanieren.

Zur Nachwahl in Berlin I bittet uns Genosse Hugo Köhler, ergänzend mitzutellen, daß er im Jahre 1898 für die Partei im Kreise kandidiert hat. Unsere Darstellung machte auf Vollständigkeit keinen Anspruch.

Freie Handels- und Volkshochschule in Nürnberg. Die städtischen Kollegen in Nürnberg beschließen in gemeinschaftlicher Sitzung am Montag die Gründung einer freien Hochschule für Handel, Industrie und allgemeine Volkshochschule und bewilligen zu diesem Zweck einstimmig den Betrag von einer Million Mark, wozu noch 645 000 M. als Stiftung aus Nürnberger Bürgerkreisen kommen.

Eine „Porzom“-Fabrik. In einer Geschäftsmitteilung, die die „Deutsche Tageszeitung“ mitten im hektischen Zeit veröffentlicht, empfiehlt ein Berliner Unternehmer Frau W. Blumhoff ein Porzellanfabrikat zur Verfertigung von Tassen und Teller, dem der Name „Porzom“ gegeben ist. Das Unternehmen bezeichnet sich selbst als „Porzom“-Fabrik. Unter Porzom versteht man bekanntlich die grobenhaften Tassenbeugen, die im zaristischen Rußland häufig gewesen sind und bei denen ungeschulte Menschen, auch Arbeiter, Frauen und Kinder, unter den entsetzlichen Martern geformt wurden. Herr Blumhoff dürfte ein Vertreter des Dreißigjährigen Bilders gewesen sein, der sich auch für Deutschland propagierte und er verwendet jetzt Porzellanische Ideen zu Tassen der Reichswehrkassen. Zum mindesten handelt es sich um eine große Bekanntheit.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Recht spät kommt die Deutsche Größ. A.G. mit ihrem Abichluß heraus, um das alte deutsche Sprichwort zu bekräftigen. Daß, was lange währt, nicht immer gut gerät. Das der Discontogesellschaft nöthigende Unternehmen hat offenbar deshalb so lange gedauert, weil es die Bilanz zu veröffentlichen und den Gewinn herauszudrücken galt, um bei den Verhandlungen mit der Regierung über die weitere Teilnahme an der rumänischen Erdölraffinerie in einer recht befriedigenden Weise dazustehen. Der Rohgewinn beträgt 19 Mill. Mark gegen 14,7 Mill. Mark im Vorjahr — weil die Aktienrücklagen vorweg abgezogen wurden. Ebenso sind die Verluste auf die elässischen Delauren nicht besonders ausgewiesen, sondern den Betriebskosten zugeschlagen worden. Mit diesen Mitteln ist es möglich gelungen, den Reingewinn von 14,8 Millionen Mark auf 11,1 Millionen Mark zu vermindern; die Dividende beträgt wieder 25 Prozent. Das Aktienkapital wird durch Neuausgabe von 4,25 Millionen Mark junger Aktien auf 35 Millionen Mark gebracht. Aus dem Geschäftsbericht, der von dem Fortschritt der Technik und von den Ansprüchen der Gesellschaft an die Regierung in der rumänischen Frage interessant erzählt, sei angeführt:

Die seit Kriegsbeginn mehrmals gefährdete Mineralölversorgung Deutschlands hat sich durchgehend verbessert. Die inländische Produktion blieb zwar im ganzen noch auf ihrem vorjährigen Stand, infolge der Einführung neuer Gewinnungsverfahren (Schachtbaubetrieb) und der Schaffung neuer Erzeugungslstätten kann in nächster Zeit mit ihrer Verdoppelung und weiterhin mit noch erheblich größeren Mengen gerechnet werden. Der bisherige Verwertungsbeitrag im Erdöl hat die Annahme der Gesellschaft bestätigt, daß mittels Tiefbohrungen nur der geringere Teil des Erdöls seiner natürlichen Lagerstätte entzogen werden kann, der größere dagegen allein durch bergwerkähnlichen Abbau zu erhalten sei. Die Anwendung der intensiveren bergmännigen Ausbeutung eröffnet demnach den Ausblick einer entsprechend verlängerten Lebensdauer der Erzfunde. Auch in Hannover soll der Schachtbaubetrieb aufgenommen werden. Ausführliche Mitteilungen über die Verhältnisse in Rumänien gemacht. Die Gesellschaft hat die Produktion der rumänischen Erdölgesellschaften jetzt ungefähr wieder auf die Höhe des letzten Friedensjahres gebracht. Eine noch bessere Eigenproduktion hätte sich voraussichtlich erzielen lassen, wenn nicht ein namhafter Teil der Bohrapparate der Gesellschaft der Militärverwaltung aus staatlichen Terrains zur Verfügung gestellt worden wäre. Die hierdurch für die beiden deutschen Petroleumkonzerne nach ihrer Auffassung begründete Anwartschaft auf Juteilung der von ihnen bearbeiteten Staatsterrains hat beim Friedensschluß mit Rumänien keine Berücksichtigung gefunden. Die Gesellschaft erwartet aber, daß ihrer Winterarbeit bei der bevorstehenden endgültigen Regelung noch in angemessener Weise Rechnung getragen werden wird. In dem Verlehen, den rumänischen Betrieb eine weitere Rohölgewinnung zu geben, hat die Gesellschaft sich im laufenden Geschäftsjahre die Verfügung über nahezu das gesamte Aktienkapital der „Internationalen Rumänischen Petroleum-Wirtschaft“ in Amsterdam gesichert. Zur Tilgung des Kontrahes sollen 4,25 Millionen Mark neuer Aktien der Erdöl-Wirtschaft dienen, deren Ausgabe der ordentlichen Generalversammlung vorgeschlagen wird, und die ein Bankensortiment unter Führung der Diskontogesellschaft übernehmen soll. Die österreichische Unternehmung, die „Austria Petroleum Industrie Akt. Gesell.“ hat in 1917 eine Dividende von insgesamt 30 Proz. für die letzten vier Geschäftsjahre aufgeschüttet. Die zur Verarbeitung bituminöser Braunkohle errichteten Mineralölmwerke sind soweit vollendet, daß der gegenwärtige Lebetrieb sich binnen weniger Monate zum Vollbetrieb entwickelt haben wird.

Soziales.

Brüst die Rentenanwartschaftsbescheide der Landesversicherungsanstalt!

Die Rentenberechnung gab bisher im großen und ganzen keinen Anlaß zu Beanstandungen. Aber folgender Fall soll allen Rentenanwärtern zur Warnung dienen. Der Altersrentenempfänger Fischer W. erhält am 28. September 1917 durch Bescheid seine Altersrente in Höhe von 114 M. jährlich zugesprochen. Bei der Berechnung der Rente werden ihm 1042 Mark in der ersten Lohnklasse und 158 Mark in der zweiten Lohnklasse zugrunde gelegt. Das waren die niedrigsten Lohnklassen. Er konnte aber durch seine Beschäftigungen den Nachweis liefern, daß er in dem letzten Jahrzehnt nur Mark in den beiden höchsten Lohnklassen verwendet hatte. Die Berechnung der Landesversicherungsanstalt konnte nicht stimmen.

Es wurde gegen den erstellten Bescheid Berufung eingelegt. Die Landesversicherungsanstalt erteilte nun einen neuen Bescheid, wonach nunmehr die Mark in der höheren Lohnklasse berechnet wurden. Die Altersrente beträgt jetzt 204 M. mithin 90 M. mehr im Jahre.

Die Monatsrente war zuerst mit 9,50 M. berechnet, jetzt erhält der alte Mann 17 M. pro Monat. Würde der Bescheid rechtskräftig geworden sein, so wäre dem Manne ein gewaltiger wirtschaftlicher Nachteil entstanden. Man fragt sich, wie kann das bei der Landesversicherungsanstalt geschehen nur vorkommen? Da sind doch genügend Leute beschäftigt, die mit Ruhe die einfache Abrechenarbeit verrichten können. Wenn auch der Krieg ungeliebte Arbeitskräfte zur Einstellung zwingt, solche Fehler dürften bei der Höhe der Rente auf keinen Fall vorkommen.

Deshalb ihr Rentenempfänger, prüft die zugestellten Bescheide vor Ablauf der Berufungsfrist an der Hand der Aufrechnungsbescheinigungen auf ihre Richtigkeit hin.

Förderung der Begabten.

Eine Erweiterung erfahren die Berliner Pläne zur Förderung hochbegabter Volksschüler. Die bisher getroffenen Einrichtungen hatten den Nachteil, daß sie ausschließlich für intellektuell Hochbegabte bestimmt waren und anders gerichtete, nicht minder wertvolle Begabungen, besonders die künstlerische und technische, unberücksichtigt ließen. In einer Sitzung des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht teilte der Berliner Stadtschulrat Dr. Meimann mit, daß jetzt auch für diese Begabungen in entsprechender Weise gesorgt wird. Im März d. J. fanden die ersten Prüfungen für die zeichnerisch besonders begabten Knaben und Mädchen statt. Aus den Gemeindeschulen erschienen zu diesen Prüfungen die besten Zeichner unter den abgehenden Schülern und Schülerinnen, 162 Knaben und 73 Mädchen, aus den Mittelschulen 10 Mädchen, aus den höheren Lehranstalten diejenigen Jüglinge, die im Zeichnen Hervorragendes, aber in den

Denkproben nicht Entsprechendes leisteten, 124 Schüler und 73 Schülerinnen; hier war die Altersgrenze nicht beschränkt. Die Kommission hatte über den künstlerischen und zeichnerischen Wert der von den Kindern mitgebrachten früheren Arbeiten, wie auch der von ihnen in der Prüfung angefertigten Zeichnungen zu entscheiden.

Die Prüfung erstreckte sich an drei aufeinander folgenden Tagen in je 2 Stunden auf Natur-, Gedächtnis- und Phantasiezeichnungen. Von den geprüften 236 Knaben erwiesen sich 18 als hochbegabt; von ihnen waren 9 Gemeindeschüler im Alter von 13—14 Jahren, die anderen 9 gehören höheren Schulen an und waren 18½ bis 17 Jahre alt. Unter den 100 Mädchen, die sich der Prüfung unterzogen, fanden sich nur 7 Hochbegabte, darunter 2 Schülerinnen aus einem Lyzeum im Alter von 15 und 17 Jahren und 5 Gemeindeschülerinnen. Die städtische Schulverwaltung erachtet diese begabten Knaben und Mädchen einer besonderen Förderung als durchaus würdig und ist mit den in Betracht kommenden Stellen in Verbindung getreten, um sie einem ihrer besonderen Vermögen entsprechend Beweise zuzuführen; im Bedarfsfälle werden auch Beihilfen gewährt, die entweder den Eltern ausbezahlt werden oder den Landwerksämtern als Zuschuß gewährt werden sollen, um die Lehrer um ein Jahr abzulösen. Bei der zweiten Gruppe, der der Oberbegabten, stellte sich heraus, daß 48 Knaben und 11 Mädchen, darunter 23 und 6 aus Gemeindeschulen, sich auch zur Ausbildung für ein Handwerk eignen, daß sich noch der künftigenweiligen Seite ausbauen läßt. Bei weiteren 81 Knaben und einem Mädchen, darunter 16 und 0 aus Gemeindeschulen, trat die Begabung zum technischen Zeichnen so auffallend hervor, daß auch von diesen insbesondere tüchtige Leistungen zu erwarten sind. Bei dem Rest, 161 Knaben und 111 Mädchen, ergab die künstlerische Begabung nicht groß genug, um sie bei der Berufswahl als entscheidend mitsprechend zu lassen; sie sind aber genügend befaßt, um immer noch handwerklicher Betätigung dieser Kinder später besonders Gutes leisten zu können.

Für die Zukunft plant die städtische Schulverwaltung, vor jedem Schulentlassungstermin, also halbjährlich, drei Prüfungen Hochbegabter vorzunehmen: eine rein wissenschaftliche, eine künstlerische und eine technische. Die Entschöpfung wird bei der künstlerischen Prüfung auf Grund selbständig gefertigter Arbeiten, sonst aber auf Grund psychologischer Begabungsprüfungen getroffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, jede tüchtige Begabung in der heranwachsenden Jugend rechtzeitig zu erkennen und sie an die Stelle zu bringen, wo sie zur vollen Reife kommt.

Säuglingspflege in Kasseler Mädchenschulen.

Kassel hat 1916 als erste unter den deutschen Städten den Unterricht in Säuglingspflege obligatorisch in ihren Mädchenschulen und Mädchenoberschulen eingeführt. Sie bildet einen Teil des naturkundlichen Unterrichts in der Oberklasse der Mädchenoberschulen. Die Stadtschulverwaltung legte den Umfang an Gewicht darauf, sie nicht als Anfangspunkt an die Schule erscheinen zu lassen, an dem teilzunehmen in das Versehen der Kinder und ihre Eltern zu stellen sei. Das hätte den Wert der Sache in den Augen der Kinder und das Publikum herabgesetzt und die Erreichung des Zweckes gehindert. So wurde der Lehrplan für Naturkunde in den genannten Klassen abgeändert und mit dem für die Säuglingspflege aufgestellten Unterrichtsplane berart verbunden, daß beide zusammen als einheitliches Ganze erscheinen. Man legt weiter Wert darauf, daß der gesamte Schulunterricht auf die für unser Volk so überaus wichtige Bevölkerungsfrage Rücksicht nimmt, soweit dies in Volksschulen überhaupt möglich ist.

Es ist natürlich, daß ein solcher Unterrichtsgegenstand nur in der Hand einer Lehrerin liegen darf, die auch den naturkundlichen Unterricht für die betreffende Klasse erteilt. Das ist in Kassel der Fall. Die Unterrichtsstunden fallen in die letzten Wochen vor Ostern, so daß die Schülerinnen bei ihrem Austritt aus der Schule noch unter dem feischen Eindruck der Sache stehen. Jeder Unterrichtseinheit schließen sich praktische Unterweisungen an einer Modellgruppe an (eine Säuglingsausstattung steht jeder Schule zur Verfügung). Außerdem werden die Schülerinnen in das Säuglingsheim und in die Krippe geführt.

Im engen Zusammenhang mit den geschulten theoretischen und praktischen Unterweisungen stehen solche für Verwirklichung der Säuglingspflege im Handarbeitsunterrichte und der Säuglingspflege in der Haushaltungskunde. Die Stadtschulverwaltung läßt jetzt an dem Unterrichts in der Säuglingspflege teilnehmenden Schülerinnen die Säuglingspflege von Hermer-Vogelstein unentgeltlich überreichen und hofft, auch dadurch aufklärend über die wichtige Angelegenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung zu wirken. — Zur Weiterbildung der Lehrerinnen für Säuglingspflege werden jedes Jahr kürzere Kurse zwischen Herbst und Frühjahr abgehalten, in denen namentlich auch die im Unterricht gewonnenen Erfahrungen Verwendung finden.

Man hat gegen den neuen Unterricht eingewandt, er sei eine Verfrühung, die Mädchen wären noch zu jung und bräuchten daher der Sache nicht den nötigen Ernst entgegen. Demgegenüber muß betont werden, daß alle Schülerinnen, die an ihm teilnehmen, schon in der Säuglingspflege tätig waren und tätig sind, indem sie kleine Geschwister oder Säuglinge aus Verwandtenkreisen pflegten und noch pflegen. Einzelne dieser kleinen Pfinglinge werden hier und da in den Unterricht mitgebracht. In Kassel hat zudem die Erfahrung im ersten Jahre gezeigt, daß die Schülerinnen an dem Unterrichts mit großem Ernste, gleichem Eifer und gutem Erfolge teilnahmen. Selbstverständlich ist es, daß der Unterricht in Säuglingspflege in der allgemeinen Mädchenfortbildungsschule verlegt wird, sobald wir diese dringend nötige Schule haben werden. Bis heute haben wir sie oder noch nicht, und darum muß man im Interesse unseres Volkes nur wünschen, daß Säuglingspflege so schnell wie möglich in allen städtischen und ländlichen Mädchenschulen eingeführt werde.

Benutzung der öffentlichen Arbeitsnachweise durch die Behörden.

Das bayerische Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten hat durch Verordnung die ihm nachgeordneten Stellen angewiesen, ihren Bedarf an Arbeitskräften (gelernten und ungelerten) grundsätzlich durch die Vermittlung der gemeindlichen Arbeitsämter zu decken. — Offenbar werden die übrigen Bundesstaaten diesem Beispiele bald folgen. Aber auch die Gemeinden sollten sich diesen Grundsatz zu eigen machen.

Die fünfte Generalversammlung der Volksfürsorge

wird am Montag, den 24. Juni, in Hamburg abgehalten werden. Das ihr vorliegende Geschäftsergebnis des Jahres 1917 ist trotz der langen Reiseperiode ein erfreulich günstiges. Die Zahl der abgeklärten Personen stieg von 191 689 Ende 1916 auf 227 183 und die Höhe der dadurch versicherten Summe von 25 478 022 M. auf 37 166 600 M. Davon liegen die abgekündigten Kapitalversicherungen von 123 715 mit 26 802 841 M. Versicherungssumme aus 167 066 Personen mit 34 682 821 M. Versicherungssumme. Der erzielte Ueberschuß beträgt 880 385,53 M., bei einer Gesamteinnahme von 6 704 618,09 M. Die Ueberschussverteilung betrug 3 182 187,57 M., die Einnahme aus Zinsen 310 247,70 M. Der sichergestellt bedienten Reservefonds betrug Ende 1917 6 201 705,71 M., die Gewinnreserve der Versicherer 345 406,28 M. und die sonstigen Reserven und Rücklagen 883 626,78 M. Die Verwaltung wird der Generalversammlung die Ueberweisung von 10 Proz. der eingezahlten Ueberschüssen, das sind 272 914,08 M., an die sonstigen Reserven und Rücklagen (im Vorjahre 7 Proz.) vorschlagen; daneben sollen noch je 5 Proz. des erzielten Ueberschusses, das sind je 10 466,78 M., dem gemeindlichen Reservefonds, dem Organisationsfonds, dem Ueberschussreservefonds und dem Fonds für besondere Reserven überwiesen werden.

Groß-Berlin

Volksspeisungszugaben.

Ueber die Berliner Volksspeisung wird immer wieder gesagt, daß man in den Speisen allerlei sehr unerwünschte Zugaben finden könne. Wir haben schon einige Male eine Auswahl der seltsamen Dinge veröffentlicht, die aus dem Essen herausgefischt worden waren. Heute wollen wir erneut darauf hinweisen, daß besonders die Klage der Sandbeimengungen nicht verstummen soll. Ein Parteigenosse, der lange zu den Gästen einer und derselben Küche gehörte, aber jetzt sein Essen aus einer anderen Küche erhält, berichtet uns über seine Erfahrungen. Leider ist er bei diesem Wechsel, von dem er sich eine Besserung versprochen hatte, aus dem Regen in die Traufe gekommen. Mit der neuen Küche hat er eine gründliche Enttäuschung erlebt: hier isst er das Essen jetzt noch viel weniger. Wiederholt seien die Speisen, färbt er uns, geradezu ungenießbar gewesen. Das berühmte Pörrgemüse sei hier noch viel mehr mit Sand durchsetzt, und in der vergangenen Woche habe er deshalb kein Essen weggeschütten müssen. Diese Zugaben von Sand habe er aber nicht nur im Pörrgemüse gefunden, sondern auch in anderen Gerichten, z. B. in Grieß und Reis. Der Reichsverweigerer erklärt das aus dem Kartoffelmehl, mit dem bei der Volksspeisung die meisten Gerichte gestreut werden. In Grieß und Reis habe er Klumpen von Kartoffelmehl gefunden, die sich stark mit Sand durchsetzt erwiesen. Er meint, daß dieses Kartoffelmehl den Mähdändern entnommen war, die bei dem Schälen und Wässern der Kartoffeln sich in den Bettchen niederschlagen. In den Mähdändern seien neben Kartoffelmehl wahrscheinlich auch Sandreste enthalten, die von den Kartoffeln herüber. Nun ist allerdings der Zusatz von Kartoffelmehl so reichlich, daß er nicht nur auf diese Weise beschafft werden kann. Bei der Lebensmittelknappheit muß das Kartoffelmehl in großen Mengen zur Streckung aller möglichen Gerichte dienen, in denen es dann manchmal zum Hauptbestandteil wird. Daher wird auch noch viel Kartoffelmehl dazu gekauft, das gleichfalls in die Speisefessel wandert. Glaubhaft erscheint aber, daß die in Grieß und Reis gefundenen Sandbeimengungen tatsächlich auf das im Eigenbetrieb genommene Kartoffelmehl zurückzuführen sind. Der unzufriedene Volksspeisungsgast wandte sich mit seinen Klagen an den Stadtrat Dossin als den Leiter des Berliner Volksspeisungswesens, der von sich sagt, daß er alle Beschwerden selber liest. Bis früher dem Stadtrat überdienten Klagen war ihm ein Besuch ungenügend, diesmal aber hat der Reichsverweigerer bisher vergeblich auf eine solche erwartet. Daß der Leiter des Volksspeisungswesens alle Beschwerden beantworten soll, ist vielleicht wirklich zuviel verlangt. Wahrscheinlich laufen bei ihm so viele Beschwerden ein, daß er schon genug zu tun hat, wenn er sie sämtlich nur lesen will.

Wie die Gaswerke selber — Gas „verschwenden“!

Die Notwendigkeit, mit dem Gas sparsam zu wirtschaften, wird der Bevölkerung immer wieder eingeschärft. Nicht mehr als neun Zehntel des Verbrauchs der einzelnen Vierteljahre von 1918 sind uns für dieselben Vierteljahre von 1918 erlaubt, abgesehen von dem unter Umständen zugelassenen Mindestverbrauch, und für jedes etwa zuviel verbrauchte Kubikmeter droht dem „Verschwender“ ein Strafgeißel von 50 Pf. Selbstverständlich gilt die Pflicht zur Gasersparnis auch — das heißt die Gasverordnung des Reichskommissars hervor — für öffentliche Gebäude, in denen Gas verbraucht wird. Und auch das kann nicht zweifelhaft sein, daß die Anwendung von Zwangsmitteln gegen zu hohen Verbrauch gegebenenfalls vor Behörden nicht halt machen darf. Glaubt man, daß bei Behörden eine Verschwendung von Gas überhaupt nicht vorkommen könnte?

Sogar die Gaswerke der Stadt Berlin, die für ihre Grundstücke und Gebäude von ihrem eigenen Gas verbrauchen, wollen sich des Frevels der „Gasverschwendung“ schuldig machen. In dem Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1918 (1. April 1918 bis 31. März 1919) wird der eigene Verbrauch, den die Gaswerke in dem Jahr nötig zu haben glauben, auf 4.700.000 Kubikmeter geschätzt. Diese Zahl bleibt zurück hinter dem eigenen Verbrauch des Verwaltungsjahres 1916 (1. April 1916 bis 31. März 1917), der sich auf rund 4.750.000 Kubikmeter stellte. Wenn aber die Gaswerke in 1918 nur neun Zehntel des eigenen Verbrauchs von 1916 haben dürfen, so gehen sie mit ihrem Voranschlag sehr beträchtlich über die ihnen erlaubte Verbrauchsmenge hinaus. Neun Zehntel der im Verwaltungsjahr 1916 verbrauchten 4.750.000 Kubikmeter sind nur rund 4.280.000 Kubikmeter, um 417.000 weniger als die für das Verwaltungsjahr 1918 angelegten 4.700.000 Kubikmeter. Die Sparvorsicht der Gasverwaltung des Reichskommissars legt das Kalenderjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember zugrunde, während das Verwaltungsjahr immer vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres reicht. Aber auch wenn für den Verbrauch der Gaswerke nicht die Verwaltungsjahre, sondern die Kalenderjahre mit einander verglichen würden, ergäben sich in 1918 bedeutend mehr als neun Zehntel des Verbrauchs von 1916. Die Gaswerksverwaltung wird ihre offen bekundete Absicht, die ihr erlaubte Verbrauchsmenge zu überschreiten, nicht damit begründen können, daß infolge von Betriebsveränderungen der Gasverbrauch ihrer Grundstücke und Gebäude zugenommen habe. Von neuemwerten Erweiterungen, die eine so bedeutende Verbrauchssteigerung rechtfertigen könnten, ist aus der letzten Zeit nichts bekannt geworden.

Sollen nun die Gaswerke, wenn es bei ihnen wirklich zu dem geplanten, gegen 1916 viel zu hohen Verbrauch kommt, gleichfalls in Strafe genommen werden? Sie wären da in einer sehr viel angenehmeren Lage als andere Gasverbraucher, die sich erlauben, zuviel Gas zu verbrauchen. Die Gaswerksverwaltung würde ja selber von sich die verwirkte Strafe einzahlen und schamlos ihr Geld wieder in die eigene Kasse tun! Wie arg auch bei ihr die „Verschwendung“ sei und wie hoch die Strafe ausfallen möge — ihr „kann keiner“, und sie hat niemals einen Schaden davon. Bedenklicher wird aber die Sache bei „Mähdändlern“, denn da ist die Abperrung der Gaszufuhr angebroht, zu der dann die Gaswerksdirektion doch wohl pflichtgemäß auch gegen die eigenen Anstalten schreiten müßte. Ganz „unverbesserliche“ sollen sogar vor den Straßrichter geföhrt werden, der Geldstrafen bis zu 10.000 M. und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr über sie verhängen kann. Müßen am Ende noch die Verantwortlichen der Gaswerke selber ins Ritzchen spazieren? —

Die Umlage des Verbandes Groß-Berlin für 1918,

die die einzelnen Gemeinden und Kreise aufzubringen haben, ist jetzt festgelegt worden und beträgt 831.885 M. Von ihr tragen die einzelnen Verbandsglieder folgende Teilbeträge: Berlin 210.658 M., Charlottenburg 40.672 M., Schöneberg 16.888 M., Neukölln 12.221 M., Wilmersdorf 15.810 M., Lichtenberg 7409 M., Spandau 6843 M., Köpenick 1222 M., Steglitz 4850 M., Lichterfelde 3984 M., Friedenau 8623 M., Panlow 2590 M., Weißensee 2358 M., Reinickendorf 2760 M., Kreis Teltow 32.868 M. und Kreis Niederbarnim 17.911 M.

Gehört Spandau zu Groß-Berlin?

Diese schon früher von einzelnen Berliner Gerichten in ablehnendem Sinne entschiedene Frage hat jetzt auch das Kammergericht in einer neueren Entscheidung verneint. In dem über eine Vormundschaftsfrage ergangenen Beschlusse heißt es: Spandau ist nicht zu Groß-Berlin zu rechnen. Unter diesem Begriff sind nur die Nachbarorte von Berlin zu verstehen, die mit Berlin in

einem engen baulichen Zusammenhang stehen. Für Spandau trifft dies Merkmal nicht zu. Außerdem gehört Spandau weder zum gemeinschaftlichen Firmenbezirk, noch zum gemeinschaftlichen Schuldnerverzeichnis, noch endlich zum Bezirk der Testamentsauslassungsstelle bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte. Ebenfalls ist Spandau hinsichtlich der Dreibrüstfrage mit Berlin zu einem Nachbarortgebiet vereinigt.

Man sieht, das Kammergericht legt den Begriff „Groß-Berlin“ im engeren Sinne aus. Wir haben also ein kommunalpolitisches Groß-Berlin im weitesten Sinne und Umlage: das des Verbandes Groß-Berlin, ein verkehrsrechtliches, das sich mit dem Vorort- und Strahlenbahngesetz, ein landespolitisches, ein postales und ein gerichtliches Groß-Berlin, das aber mit seinen Amtsgerichtsbezirken, wie z. B. Berlin-Tempelhof, durchaus verschieden von dem juristischen „baulich zusammenhängenden Groß-Berlin“ des Kammergerichts ist.

Verteilung von Stärke an Wäschereien. Der Meßverteilungskette Groß-Berlin ist durch die Reichsgetreidekette eine beträchtliche Menge Stärke überlassen worden. Die Verteilung der Stärke erfolgt durch den Deutschen Wäschereiverband e. V., Gurohrstr. 1, und durch die Einkaufsgenossenschaft der Wäsch- und Plättanstaltsbesitzer, Pöppstr. 7, an die Mitglieder dieser Vereinigungen, Gewerbebetriebe, die weder dem Verband noch der Genossenschaft angehören, müssen sich unbedingt an die „Genossenschaft“ wenden, die ihre Verteilung übernommen hat. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß lediglich gewerbliche Wäschereien und Plättereien, nicht Privatpersonen, Verächtfähigungen finden können, und auch nur dann, wenn der Bezirk der Meßverteilungskette Groß-Berlin, d. h. in einer der sechs Städte Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf liegt. Die Menge der zur Verfügung stehenden Stärke ist leider sehr beschränkt, so daß auf die einzelnen Betriebe nur ganz geringe Posten entfallen können.

Schiffspendelverkehr Berlin-Spandau. Zur Entlastung der Eisenbahn ist wegen der starken Lieferungen der Groß-Berliner Industrie für die Spandauer militärischen Anstalten von der Schiffabteilung beim Chef des Reichsbahnwesens ein Schiffspendelverkehr zwischen Groß-Berlin und Spandau eingerichtet worden. Mindestens alle zwei Tage soll ein Dampfer abgefertigt werden.

Einen guten Hong machte in der vergangenen Nacht eine Besatzung in der Roppenstraße. Als sie dort zwei Männer, die sich mit schweren Säeten beschäftigten, anhalten wollte, warfen die Verdächtigen ihre Last den Schulsteinen vor die Füße und entflohen. Es gelang jedoch, einen von ihnen, einen russisch-polnischen Arbeiter, namens Stanislaus Seuchen, einzufangen und festzunehmen. Er kann, wie die Mitteilungen bald ergaben, mit zwei Spielgefährten gerade von einem Einbruch in Heinersdorf. Die drei waren jetzt abends hinausgeführt und hatten einen Lehrer einen nächtlichen Besuch gemacht. Vom Kirchhof aus gelangten sie auf das Schulgrundstück, krochen auf einer Leiter durch das Giebelfenster, erbrachen auf dem Boden die verschlossene Tür zum Lehrerzimmer und erbeuteten daraus 6 Spediteien, 3 Schinken und 15 Schokolade. In einer Taube im Garten fanden sie eine graue Tischdecke, in die sie die kostbaren Lebensmittel zum Mitnehmen einwickelten. Unterdessen teilten sie sich die Beute. Einer der Einbrecher schlug dann einen anderen weg ein, während Seuchen und der eine Helfershelfer in der Roppenstraße gestellt wurden. Drei Spediteien und sechs Würste wurden durch die Verhaftung des Russen für den Lehrer noch gerettet. Der Heiligensammeln war mit einer scharf geladenen Revolverkugel bewaffnet, wurde aber von den Beamten so schnell überwältigt, daß er von ihr keinen Gebrauch mehr machen konnte. Seine beiden entkommenen Spielgefährten will Seuchen nicht kennen.

Charlottenburg, Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 26. Mai, bis Sonnabend, den 3. Juni, werden vertrieben: 1/2 Pfund Kammelfenchel, Kälberwurst (85 Pf.) oder Kammelfenchel (87 Pf.) oder 1/2 Pfund Parmaschinken (46 Pf.) wahlweise je nach Bedarf auf Wochenmarkt der Groß-Berliner Lebensmittelkette mit dem Hauptort Charlottenburg; ferner 100 Gramm Gewürz auf Wochenmarkt 20. — Vom Freitag, den 27. Mai, bis einschließlich Sonntag, den 2. Juni, wird auf die Groß-Berliner Lebensmittelkette für Jugendliche ausbezogen: auf die Hälfte des Mietscheines der Rente, die mit der laufenden Nummer versehen ist, 1 Kilo (etwa 1/2 Liter) sterilisierter Vollmilch oder 1 Kilo sterilisierter Vollmilch oder Magermilch oder 100 Gramm Magermilch, je nach Bedarf. Die Preise sind folgende: Inlandsmilch: sterilisierter Vollmilch mit Zucker 1,25 M., Magermilch mit Zucker 1,10 M. für 1 Liter. Auslandsmilch: sterilisierter Vollmilch 1,35 M. für 1 Liter, 100 Gramm Magermilch 70 Pf. Die Entnahme kann in dem Lebensmittelwarengeschäft erfolgen, in dem der Haushalt des Jugendlichen in die Kundenliste für Grieß und Gruppen eingetragen ist.

Neukölln. Die städtische Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bemerkenswerte Mitteilungen über die Arbeit und die Erfolge der städtischen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in Neukölln haben uns von städtischer Seite zu. Die Neuköllner Fürsorgestelle ist bis zum 31. Dezember 1917 von insgesamt 4450 Kriegsbeschädigten in Anspruch genommen worden. Von diesen schieden bisher 1181 durch Tod, Wegzug von Neukölln und infolge anderer Gründe aus der städtischen Fürsorge aus, so daß am Schluß des Jahres noch 3269 Kriegsbeschädigte der Fürsorge unterstanden. Dem Familienstand nach waren unterbetretet 1181 Kriegsbeschädigte, verheiratet ohne Kinder 845, verheiratet mit Kindern 1020. Bei den Verheirateten mit Kindern ist eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Dieser Umstand ist außer durch die vermehrten Einziehungen der älteren Jahrgänge zum Heeresdienst durch die inzwischen erfolgten Geburten in den während des Krieges geschlossenen Ehen zu erklären. Der Grad der Erwerbsbeschränkung betrug fast in der Hälfte aller Fälle nur bis zu 33 1/3 Prozent. Seit dem Bestehen der Fürsorgestelle wurde bei der Berufsberatung besonderer Wert darauf gelegt, daß die Kriegsbeschädigten möglichst wieder ihrem früheren Beruf oder einem ähnlichen Erwerbszweige zugeführt werden. Dem Zwecke des Berufswechsels dienen in vielen Fällen Schulunterricht oder eine andere Ausbildung. Die bisher, hatten die Kriegsbeschädigten auch im verflochtenen Jahre bei Wiederaufnahme eines Erwerbes im allgemeinen keine Schwierigkeiten zu überwinden. Die Vermittlung des Kriegsbeschädigten konnte sich daher meist auf sehr schwer Beschädigte, vor allem Amputierte, Lungen- und Herzkrankte beschränken. Von den Kriegsbeschädigten waren mehr als drei Viertel wieder in ihren früheren oder ähnlichen Berufen tätig. Seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Kapitalabfindung zu Anstiedlungszwecken sind in Neukölln bisher 31 Anträge auf Kapitalabfindung entgegengenommen worden, von denen das Kriegsministerium bisher 28 Anträge genehmigt hat. Das Bestreben der Neuköllner Fürsorgestelle ging dahin, andere für Fürsorgemaßnahmen in Betracht kommende Einrichtungen, wie die Heeresverwaltung und die Träger der Sozialversicherung, in zulässigem Umfang in Anspruch zu nehmen. Nach dieser Richtung hin wurden besonders bei notwendigen ärztlicher oder Anstaltsversorgung Schritte unternommen. Ferner wurden die Kriegsbeschädigten belehrt, Anträge an die zuständigen Militärbehörden auf Renten, Zusatzrenten und Heilversfahren durch Vermittlung der städtischen Rechtsanwaltsstelle zu stellen.

— Vermietung von städtischen Handwagen. Der Magistrat hat auf dem Grundstück der Hauptfeuerwache, Erstraße 22—23, eine Vermietungsstelle für Handwagen eingerichtet. Der Betrieb wird

am 28. Mai zunächst mit 13 zweirädrigen und 1 vierrädrigen Wagen eröffnet. Für die Vermietung wird eine mäßige Gebühr erhoben. Die Mieter haben als Sicherheit für die Rückgabe der Wagen eine Bürgschaft in Höhe von 10 und 20 Mark, die Haushaltungsliste und die Warenbezugsliste für alle Familienangehörige zu hinterlegen.

Steglitz. Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer letzten Sitzung eine Vorlage des Gemeindevorstandes, nach der vom 1. April ab die Steuerumlagen für untere Beamte von 640 auf 900 M., für mittlere Beamte von 720 auf 1080 M., für obere Beamte von 900 auf 1200 M. und für die oberen Beamten von 1000 auf 1300 M., der Kinderzuschlag von 10 auf 15 Proz. dieser Beträge erhöht werden. Die Zulagen der Ledigen wurden auf 70 Proz. der Grundbeträge, die Kriegsheilfisen und Kriegsteuerungszulagen der Pensionäre und Hinterbliebenen von Beamten und Lehrern auf 50 Proz. festgelegt. Für die Beitragspersonen an den Gemeindefiskalen werden die Unterschiedsbeträge zwischen den staatlichen und gemeindlichen Zulagen als außerordentliche Unterstützung gezahlt. Die Arbeiter glaubte der Gemeindevorstand mit einem Zuschlag von 10 Pf. für die Stunde abheben zu können, trotzdem sie schon bei der letzten Aufbesserung der Beamten leer ausgegangen waren. Den Vermögenswerten der Genossen Ahmann und Leimbach gelang es schließlich, die Vertagung von der Notwendigkeit einer Erweiterung der Vorlage zu überzeugen. Es wurde beschlossen: Vom 1. April ab erhalten neben den laufenden Kriegsheilfisen die männlichen Arbeiter einen Kriegszuschlag von 45 (bisher 25) Pf. pro Arbeitsstunde, die weiblichen 40 (bisher 22) Pf. Außerdem werden Arbeiterstunden mit 25 Proz. Sonntags- und Nacharbeit mit 50 Proz. Zuschlag (bisher ohne jeden Zuschlag) bezahlt. Weiter wird der bisher nur den Männern gezahlte Kronenzuschlag von 1 M. pro Tag von jetzt ab auch den Frauen gewährt. Für die Fragen der Heberganowskische und die Einrichtung eines Hypothekensammlers für zweite Hypotheken wurden je ein Ausschuss eingesetzt, in denen die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Ahmann vertreten ist.

In der geheimen Sitzung erfolgte die Wahl der sämtlichen Verwaltungsausschüsse und schließlich wurde Herr Bürgermeister Vukow auf seinen Antrag unter bestimmten Bedingungen die Genehmigung zur Übernahme einer Aufsichtsratsstelle bei der Deutschen Gasgesellschaft erteilt.

Friedrichsfelde, Lebensmittel. In nächster Zeit gelangt Zwieback zur Verteilung. Davon sollen erhalten Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre je 1/2 Pfund gegen Abgabe der Anmeldebüchlein der neuen Vollmilcharten für Monat Juni. Die Kinder mit 1/2-Liter-Milcharten erhalten den Zwieback auf den Bezugsschein, welcher der Milcharte beigegeben wird. Die Abgabe erfolgt durch die nachstehenden Bäckereien: Weiersdorf, Schloßstr. 10, Geibel, Luisenstr. 23, Meyer, Berliner Str. 2, Bertram, Porotbrotstraße 25, Arbeit, Kaiser-Wilhelm-Str. 24, Schmalstieg, Treoslowalle 102, Schröder, Auguste-Viktoria-Str. 54, Ferner wird Apfelsmus verteilt. Es erhalten Kinder auf 1/2-Liter-Vollmilcharten (blau) je 1 Pfund Apfelsmus gegen Abgabe des an der neuen Milcharte für Monat Juni befindlichen Anmeldebüchleins. Das Apfelsmus ist in 1-Liter-Formen gefüllt und sind zur Empfangnahme einer Originaldose zwei Anmeldebüchlein von Milcharten abzugeben. Es rucht irup erhalten alle Kranken, welche im Besitze einer Vollmilcharte sind, ferner alle Kinder auf 1/2- und 1/4-Liter-Karten je 1/4 Pfund gegen Abgabe des Lebensmittelbüchleins der letzt gültigen Vollmilcharte für Monat Mai. Die mit einem „K“ versehenen, für Kranke ausgestellten Milcharten von weniger als 1/4 Liter müssen außerdem gestempelt sein. Die Abgabe der beiden Nährmittel zu b und c erfolgt durch die nachstehenden Geschäfte für Friedrichsfelde: Kremland, Luisenstr. 5 (Zwischenstr. und Apfelsmus), Rind, Berliner Str. 47 (nur Apfelsmus), für Karlshorst: Saar, Auguste-Viktoria-Str. 21, Schöffel, Treoslowalle 86, Rämisch, Köhnstr. 10. — Der Preis für 1/2 Pf. Zwieback beträgt 80 Pf., für circa 1 Pf. Apfelsmus 1 M., und für 1/4 Pf. Fruchtstropf 1,68 M. — Gleichzeitige weist der Gemeindevorstand noch besonders darauf hin, daß genügend Ware zur Verfügung steht, ein Ansehen und Drängen also vollständig unzulässig ist.

Lichterfelde. Das ist unsere Hausbesitzer wünschen. Uns wird geschrieben: Auch hier sind, einer behördlichen Anordnung zufolge, die Hauswirte aufgefordert worden, die vorhandenen Keller- und Dachwohnungen sowie die Räume, die eventuell sich für solche umbauen lassen, anzumelden. Der Vorstand des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins hat nun dem Gemeindevorstand kurz und bündig mitteilen lassen, daß er es für seine Pflicht halte, seinen Mitgliedern abzuraten, Keller- und Dachwohnungen einzurichten. Die Herstellung von Dach- und Kellerwohnungen kann die Wohnnot, die fortwährend im Steigen ist, kaum mildern, und außerdem bestehen gegen diese Wohnräume schwere Bedenken in sozialer und hygienischer Beziehung. Aber das sind natürlich nicht die Gründe zur Opposition unserer hiesigen Hausbesitzer. Sehr ernste Überlegungen sind in diesen Kreisen selten anzutreffen. Sie haben durchblicken lassen, daß sie sich erweihen lassen und die gewünschten Wohnräume errichten wollen, wenn ihnen eine finanzielle Beihilfe zugesichert werden könnte. — Das ist also des Pudels Kern: Herstellung der Wohnungen auf Gemeindefiskal, unbeschränkte Verfügung und Festlegung der Mieten durch die Hauswirte. Mehr kann man im vorerwähnten Interesse doch kaum verlangen. Eine abgehaltene Versprechung des Gemeindevorstandes mit Mitgliedern der Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung über diese Punkte war ergebnislos. — In deren Versammlung wurde auch ausgeführt, daß bei Wohnungen mit Zentralheizung die Miete mindestens um 35 Prozent geliebert werden müßte. Daß bei allen übrigen die Mieteherabsetzung kaum niedriger ausfallen wird, kann kaum zweifelhaft sein. Ganz treffend wurde diese Maßnahme damit begründet, daß die Hausbesitzer ja schließ-

Arbeiter und Angestellte

die auf Wahrung ihrer Berufsinteressen bedacht sind, können in Berlin kein anderes Blatt halten und empfehlen als den „Vorwärts“. Sagen Sie das Ihren Kollegen und Kolleginnen, die den „Vorwärts“ noch nicht halten und fordern Sie sie auf, den folgenden Zettel ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu senden.

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
Straße?	_____
bestellt den „Vorwärts“ zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.	

Türkische Typen.

Der Bauer.

Was man so die schwüle Atmosphäre des Orients nennt, das existiert in der Türkei heute nicht mehr. Die romantische Märchenwelt, das mystische Räuschen der orientalischen Ritterzeit, die Zeit der Machtthaten gewaltiger Dero-Beys leben nur noch in Gesängen und Erzählungen fort.

Die türkischen Dörfer haben meist ein recht nüchternes Aussehen. Und in ihrem Bilde findet der Lebensinhalt ihrer Bewohner seinen Ausdruck.

Das Bauernvolk ist an sich ein von Natur aus konservativer Schlag. Der orientalische Bauer schleppt aber zäher als jeder europäische das jeden höheren Flug behindernde Gewicht der Tradition mit sich.

Die türkischen Dörfer entbehren der Schönheit. Das praktische Bedürfnis einer festen Behausung wird mit den höchsten Mitteln und nur mit dem rohen Ziele, ein Dach über dem Kopfe zu haben, befriedigt.

Dort wohnen die Bauern. Ein Bauerneubau ist ein europäisches Einmaleben. Die niedrigen einstöckigen, aus Lehm gebauten und mit Lehm bedeckten Dächern umschließenden Räume von Bedeutung.

Die Kleider der Bauern sind durchwegs in leuchtenden Farben zusammengefaßt. Und wenn man so eine ganze Dorfbewohnerschaft auf einen Haufen versammeln würde, so könnte man das schönste Teppichmuster aus ihnen bilden.

An der Spitze des Dorfes steht, als das der Regierung verantwortliche Oberhaupt, der Mufti, dem auch die Repräsentationspflichten obliegen. Dazu gehört vor allem der Unterhalt der öffentlichen Herberge, des „Han“, die jedem durchreisenden Fremden unentgeltlich zur Verfügung steht.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring. Während Lappnisse zum Doktor eilte, wischte Schwester Jda das Blut von den Schrammen. Das kalte Wasser brachte ihn für eine Weile zur Besinnung.

Er sah sie immerzu an. Etwas so Schönes hatte er noch nie gesehen. Er dachte, er sei in den Himmel gekommen und sie sei ein Engel. Seine Augen füllten sich mit Tränen.

Da erst sah Schwester Jda ihn an. Sie strich ihm übers Haar.

Er bewegte die Lippen, als wolle er antworten, aber er brachte kein Wort heraus. Sein Blick war jedoch nicht mißzudeuten. Er war beredt genug.

„Wollen Sie etwas zu trinken haben?“ fragte sie. Sie legte ihm den Arm unter den Kopf und hob ihn sanft in die Höhe, während sie ihm ein Glas Wasser an die Lippen hielt.

Als der Doktor kam, lag Sköld in seiner Fieberwelt und merkte nicht einmal, daß der Doktor den Arm schiente. Sköld phantasierte ununterbrochen bis Mitternacht. Da kam eine gewaltige Krise. Er bekam Schweißausbrüche und schlief hinterher ganz ruhig.

Schwester Jda ging ans Fenster und machte es auf. Hansson und die Arbeiter sahen noch auf denselben Platz. Sie saßen und lebten sich schläfrig und still aneinander. Einer von ihnen lag mit dem Gesicht auf der Erde und schlief.

Hansson, der seiner Bude wegen nicht schlafen konnte, stand auf und kam auf das Haus zu.

„Sie können nach Hause gehen,“ sagte sie. „Es hat keinen Zweck, länger hier zu sitzen.“

„Ist es aus?“ flüsterte Hansson.

Die generöse Gastlichkeit verfährt mit manchem Juge, den unsere europäischen Augen nicht ohne kritische Beringelung wahrnehmen. Sie ist ein leuchtendes Blatt in den Betrachtungen über die türkische Landbevölkerung, ein Licht, dessen Kraft manches andere Dunkel überstrahlt und zur Nacht wird.

Was den Arbeitsergebnissen an Leistungsfähigkeit abgeht, fügt der Bauer ihnen unüberdrossen an eigener Zeit und Kraft hinzu. Die menschliche Arbeitskraft ist etwas Unerschöpfliches, Kraftvolles, Erprobtes. Sie sieht nicht im Verdachte der Neuerung. Und die Zeit kostet ihm erst recht nichts.

Bei aller Langsamkeit dieser Bewegungen, die schließlich durch das Klima eine Entschleunigung finden mag, ist er kein schlechter Arbeiter. Er ist arbeitssam, stetig und von einer göttlichen Geduld. Aus seiner Arbeit strahlt alle Kraft des Staates und der Wohlstand zahlreicher Kreise. Und was unter seinem heißen südlichen Himmel an Frucht gedeiht, wehlt seine arbeitssame Hand zu loben.

Die Krähc. Eine Krähc taumelt mit ihrem Schwung über melnen Weg. „Viest,“ denke ich, „elende Kreatur! Erdärmliches Vieh!“ So oder ähnlich denkt ja ein jeder, der eine Krähc sieht.

„Nein, er schläft,“ antwortete sie und machte das Fenster zu. Hansson weckte die Kameraden und teilte ihnen die Nachricht mit. Sie standen auf und schüttelten sich. „Ist es wahr, Hansson, daß sie ganz schwarz werden, wenn sie sterben?“ fragte der, der auf dem Boden gelegen hatte.

„Teufel auch, wie soll ich das wissen? Kommt jetzt, wir wollen gehen.“ Hansson war froh, daß er so schroff geantwortet hatte, sonst hätte er angefangen zu flennen! Und das fehlte nur noch! Er hätte sich ja schämen müssen! Man muß doch ein Mann sein.

Sie vermieden es auf dem Heimwege, einander anzusehen. Das war Aug, sonst hätten sie sich voreinander geschämt.

Hansson, der hinterher ging, meinte die Verge noch nie so unheimlich gesehen zu haben. Von den Schneegipfeln rann Blut und böse Nebel hingen im Norden. Oben an der Bahn leuchtete der neugezogene Telegraphendraht wie ein unendliches, blankes, schmales Band, und Hansson fragte sich, ob diese Bahn noch nicht bald genug gestoppt habe.

Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet. Die Erzüge arbeiteten sich mit zwei Maschinen durch den Schneesturm, und auf diesem Zuge war auch Hjort. Schon auf der Ausgangsstation hatte er auf der ersten Lokomotive Platz genommen. Es war etwas nach zehn Uhr vormittags, aber dunkel war es draußen wie in einem Saal.

„Vierzehntes Kapitel. Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet.“

„Nein, er schläft,“ antwortete sie und machte das Fenster zu. Hansson weckte die Kameraden und teilte ihnen die Nachricht mit. Sie standen auf und schüttelten sich. „Ist es wahr, Hansson, daß sie ganz schwarz werden, wenn sie sterben?“ fragte der, der auf dem Boden gelegen hatte.

„Teufel auch, wie soll ich das wissen? Kommt jetzt, wir wollen gehen.“ Hansson war froh, daß er so schroff geantwortet hatte, sonst hätte er angefangen zu flennen! Und das fehlte nur noch! Er hätte sich ja schämen müssen! Man muß doch ein Mann sein.

Sie vermieden es auf dem Heimwege, einander anzusehen. Das war Aug, sonst hätten sie sich voreinander geschämt.

Hansson, der hinterher ging, meinte die Verge noch nie so unheimlich gesehen zu haben. Von den Schneegipfeln rann Blut und böse Nebel hingen im Norden. Oben an der Bahn leuchtete der neugezogene Telegraphendraht wie ein unendliches, blankes, schmales Band, und Hansson fragte sich, ob diese Bahn noch nicht bald genug gestoppt habe.

Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet. Die Erzüge arbeiteten sich mit zwei Maschinen durch den Schneesturm, und auf diesem Zuge war auch Hjort. Schon auf der Ausgangsstation hatte er auf der ersten Lokomotive Platz genommen. Es war etwas nach zehn Uhr vormittags, aber dunkel war es draußen wie in einem Saal.

„Vierzehntes Kapitel. Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet.“

„Nein, er schläft,“ antwortete sie und machte das Fenster zu. Hansson weckte die Kameraden und teilte ihnen die Nachricht mit. Sie standen auf und schüttelten sich. „Ist es wahr, Hansson, daß sie ganz schwarz werden, wenn sie sterben?“ fragte der, der auf dem Boden gelegen hatte.

„Teufel auch, wie soll ich das wissen? Kommt jetzt, wir wollen gehen.“ Hansson war froh, daß er so schroff geantwortet hatte, sonst hätte er angefangen zu flennen! Und das fehlte nur noch! Er hätte sich ja schämen müssen! Man muß doch ein Mann sein.

Sie vermieden es auf dem Heimwege, einander anzusehen. Das war Aug, sonst hätten sie sich voreinander geschämt.

Hansson, der hinterher ging, meinte die Verge noch nie so unheimlich gesehen zu haben. Von den Schneegipfeln rann Blut und böse Nebel hingen im Norden. Oben an der Bahn leuchtete der neugezogene Telegraphendraht wie ein unendliches, blankes, schmales Band, und Hansson fragte sich, ob diese Bahn noch nicht bald genug gestoppt habe.

Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet. Die Erzüge arbeiteten sich mit zwei Maschinen durch den Schneesturm, und auf diesem Zuge war auch Hjort. Schon auf der Ausgangsstation hatte er auf der ersten Lokomotive Platz genommen. Es war etwas nach zehn Uhr vormittags, aber dunkel war es draußen wie in einem Saal.

„Vierzehntes Kapitel. Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet.“

„Nein, er schläft,“ antwortete sie und machte das Fenster zu. Hansson weckte die Kameraden und teilte ihnen die Nachricht mit. Sie standen auf und schüttelten sich. „Ist es wahr, Hansson, daß sie ganz schwarz werden, wenn sie sterben?“ fragte der, der auf dem Boden gelegen hatte.

„Teufel auch, wie soll ich das wissen? Kommt jetzt, wir wollen gehen.“ Hansson war froh, daß er so schroff geantwortet hatte, sonst hätte er angefangen zu flennen! Und das fehlte nur noch! Er hätte sich ja schämen müssen! Man muß doch ein Mann sein.

du Regenwurm der Galgenhügel! Wie unendlich schön kannst du durch die Lüste tanzen, Totenvogel und Schönheitslinder zugleich.“

Die Badpfeife aus dem Jenseits.

In einem Anlauf, den George de la Fondardiere im „Deubre“ der vor einigen Tagen verstorbenen, in allen Akademien und bei allen Höfen sehr bekannten italienischen Spiritisten Eulapia Paladino widmet, wird ein biblisches Vorkommnis erwähnt, das geeignet ist, die der vierten Dimension Unkundigen über die Geheimnisse der Geistesbeschwörung ein wenig aufzuklären.

Notizen.

Sommertheater. Im Deutschen Theater eröffnet Direktor Stabel am Sonnabend seine Spielzeit mit dem Schwan „Familie Schmetz“ (Max Falkenberg als Jaidahl).

Der Organifator der Berliner Fortbildungsschulen, Theodor Dietz, ist im 82. Lebensjahre gestorben.

Vom Generalissimus zum Gemeinen. Nach Helsingfors Tageszeitungen verhandelte das Rote Kriegsgericht in Wiborg über eine gegen den früheren Oberbefehlshaber der Roten Garde Paapalain angelegte Klage. Der Beklagte wurde wegen Säufererei, unpassenden Benehmens auf öffentlichen Plätzen und unvorsichtiger Handhabung geladener Schießwaffen dazu verurteilt, zugunsten der Garde einen fünfundsanzwanzigtägigen Sold zu entrichten; er wird ferner zum gemeinen Frontsoldaten degradiert und durch Kommando des Distriktsbefehlshabers an die Front geschickt.

Die Würde des Hetmans läßt sich vergleichen mit der germanischen Herzogswürde in der Völkerwanderungszeit. Die raubenden und plündernden Kosaken, die seit dem 16. Jahrhundert in den sibirischen Steppen am Dnjepr und Don Grenzschutz hielten gegen die Tataren, bildeten eine Art von freien Genossenschaften, deren Hauptzweck der Militärdienst war. Zum Führer wählten sie aus ihrer Mitte den Ataman (polnisch: Hetman), der nur ein Jahr sein Amt bekleiden durfte und seinen Genossen verantwortlich war. Der letzte große Hetman war Iwan Rozepa: im Kriege zwischen Schweden und Rußland erariff er heimlich die Partei Karls XII. In die Niederlage Karls XII. wurde aber auch er mit verwickelt. Peter der Große zerstörte die Sonderstellung der Kosaken und schaffte die Hetmanwürde ab.

und das Kreischen der Achsen, wenn der Schnee sie hochhob, klang auch nicht sehr ermunternd; zuweilen merkte er auch, daß das Rad sich auf der Stelle herumdrehte.

Hjort sah hauptsächlich den Rücken des Lokomotivführers, der vollauf mit der Regulierung des Dampfdruckes zu tun hatte. Es hatte keinen Zweck, ein Gespräch zu versuchen. Der Sturm tutete in allen möglichen Tonarten durch die Lokomotive, bald groß und mächtig wie die Waghäuten einer Domorgel, bald schrill und gell wie eine Pikkoloflöte im Falsett; manchmal klang es wie das Dröhnen von einstürzenden Häusern und manchmal wie das Krachen sinkender Schiffe mit dem tausendfachen Hilfeschrei Ertrinkender. Schöppte der Sturm einen Augenblick Atem, so kam er nur um so gewaltiger zurück. Er stürzte sich auf den ganzen Zug, als würde er ihn am liebsten überhaupt um. Der Führer mochte ein Ruden der Maschine bemerkt haben, denn er drehte sich für einen Augenblick zu Hjort um.

„Es wird wohl zur Hölle gehen!“ schrie er Hjort in die Ohren.

Er stammte nämlich aus dem sanften Schweden und kannte die Schreckenisse der Wildnis nicht. Er sah den Ausbruch in Hjorts Gesicht nicht, weil der Schnee um sie sprühte, aber er hatte das Gefühl, daß Hjort lachte. Dies war ein Wetter für ihn, den Unbesiegbaren, von dem alle da oben sprachen, diesen Mann, der um jeden Preis ans Ziel wollte.

Hjort konnte wirklich nicht umhin, vor sich hinzulächeln. Es gab keinen Sturm in der Welt, der diese Maschine unterwerfen konnte. Wenn sie nicht wegen der Frostbeulen einbleiben, so würde der Zug schon auf den Schienen bleiben. Das einzige Unangenehme war, daß man ohne Signale fahren mußte, die Streckenwärter waren wie fortgelassen. Kein einziges Licht, keine Laterne war zu sehen gewesen, seit der Zug die Ausgangsstation verlassen hatte. Die Bahnwärter lagen natürlich in den Schritten und schliefen und versteiften sich darauf, daß der Zug schon lange in den Schneewehen stecken geblieben und der Verkehr eingestellt war.

Hjort beugte sich zu dem Lokomotivführer vor. „Wo sind wir?“ rief er.

„Weiß nicht“, schrie der andere zurück.

„Haben wir den Durchstieg passiert?“

„Nein.“

(Fortf. folgt.)

